

Die Herisauer Stimmberechtigten geben Budgetkompetenz ab

Der Einwohnerrat von Herisau wird künftig abschliessend über Voranschlag und Steuerfuss entscheiden. Die Stimmberechtigten heissen die Änderung der Gemeindeordnung gut.

PATRIK KOBLER

HERISAU. Die Herisauer Stimmberechtigten stärken den Einwohnerrat und verzichten künftig auf ihr Recht, über Voranschlag und Steuerfuss zu entscheiden. Mit 1991 zu 1589 Stimmen heissen sie die Änderung der Gemeindeordnung gut. Bei den Parteipräsidenten fallen die Reaktionen über diesen Entscheid ähnlich aus. Sie betonen allesamt, dass der Einwohnerrat mit diesem Vertrauensbeweis verantwortungsvoll umgehen müsse. **Den Ball ins Rollen gebracht hat eine Motion der SP.** Entsprechend gross ist bei Parteipräsident Yves Noël Balmer die Freude über den Entscheid. Er verweist aber darauf, dass die Stimmbeteiligung bei den letzten Budgetabstimmungen darauf hingedeutet habe, dass das Thema der Bevölkerung nicht unter den Nägeln gebrannt habe.

Zusätzliche Verantwortung

Einwohnerratspräsident Markus Brönnimann ist derweil überzeugt, dass das Gemeindepapament mit der zusätzlichen Verantwortung sehr gut umgehen könne. Wilde Manöver, etwa bei der Festsetzung des Steuerfusses, erwartet er nicht. Die zusätzliche Zeit im Budgetprozess bringe eine Verbesserung, dafür gebe es zahlreiche Nachweise, so Brönnimann.

Auch Verlierer sind Gewinner

CVP und SVP hatten sich gegen die Verschiebung der Budgetkompetenz ausgesprochen. Bei beiden Parteien herrscht nach dem Entscheid jedoch keine Enttäuschung. CVP-Einwohnerrat Glen Aggeler: «Wir wollten den Stimmberechtigten aufzeigen, welches Steuerungsinstrument sie bei einer Änderung der Gemeindeordnung aus der Hand geben.» Den Entscheid nehme seine Partei mit Freude zur Kenntnis, auch wenn sich seine Partei für einen konstruktiven Gegenvorschlag eingesetzt hatte, bei dem der Einwohnerrat grundsätzlich abschliessend über den Voranschlag entscheiden hätte, der Soverän bei Steuerfussänderungen aber weiterhin einbezogen worden wäre.

SVP-Ortspräsident Christian Oertle ist vom Entscheid überrascht. «Ich zweifle jedoch nicht daran, dass der Einwohnerrat die Fähigkeiten hat, über Voranschlag und Steuerfuss abschliessend zu entscheiden.» Dass die Stimmberechtigten nicht der Parole seiner Partei gefolgt sind, wertet er nicht als Niederlage. «Wir sind mit neun Leuten die stärkste Fraktion im Einwohnerrat und werden entsprechend versuchen, unseren Einfluss geltend zu machen.»

Für Mut belohnt

Überraschung in Herisau: Die Mehrheit will offenbar nicht mehr mitbestimmen, wofür die Gemeinde ihr Geld ausgibt. Denn die Stimmberechtigten delegieren ihr demokratisches Recht, über den Voranschlag und den Steuerfuss zu entscheiden, an den Einwohnerrat. Damit wird der Mut des Einwohnerrats, die konsequenteste Lösung zur Abstimmung zu bringen, belohnt.

Dem Gemeindeparlament wird dies hoffentlich Schwung und Selbstvertrauen verleihen. In der Vergangenheit stellte sich hie und da die Frage, ob es den Einwohnerrat noch braucht. Diese Frage kann nun mit «Ja» beantwortet werden. Die Stimmberechtigten haben ihn mit ihrem Entscheid gestärkt und ihm eine wichtige Aufgabe übertragen – er trägt jetzt die letzte Verantwortung für die Finanzpolitik der Gemeinde. Die Möglichkeit, im Falle eines Falles, doch noch eine Volksabstimmung herbeizuführen, besteht nicht. Es fehlt also gewissermassen das Auffangnetz, wenn man beim Balancieren auf dem Seil aus dem Gleichgewicht gerät. Damit steigt zwar das Risiko, aber es ist nicht gesagt, dass der Einwohnerrat auf die Nase fliegen wird.

Dieser hat sich in den letzten Jahren seriös mit dem Voranschlag auseinandergesetzt. Mit der zusätzlichen Verantwortung wird sich dies noch verstärken. Er wird vorsichtig zu Werke gehen, das bestätigen die Parteipräsidenten. Sie haben grossen Respekt vor der zusätzlichen Verantwortung und wollen das Vertrauen, das die Stimmberechtigten dem Einwohnerrat entgegenbringen, nicht enttäuschen.

Noch ist der Entscheid gewöhnungsbedürftig. In einigen Jahren wird es aber so wie bereits auf Kantonsebene hoffentlich kein Thema mehr sein, dass das Parlament diese Kompetenz innehat.

Patrik Kobler